

Die Auswirkungen eines EU-Beitritts

Nationalrat Luzi Stamm, Baden

Hotel Monopol, Luzern, 17. März 2001

Zu den Auswirkungen eines EU-Beitritts
auf unsere direkte Demokratie möchte ich
den folgenden Satz an den Anfang stellen:

**Oft ist es nicht schwer,
die Wahrheit zu finden.
Schwer ist es nur, Leute
zu finden, welche die
Wahrheit hören wollen.**

Inhaltsverzeichnis

Die Auswirkungen eines EU-Beitritts

I. Die Vor- und Nachteile in neun Punkten	Seite 3
1. Die Friedensförderung	Seite 3
2. Die Weltmacht EU als Gegengewicht zu den USA	Seite 5
3. "Imagine there is no country" (sinngemäs: "Stell Dir vor, es gäbe keine Nationalstaaten")	Seite 5
4. Beitritt zur Durchsetzung des internationalen Sozialismus	Seite 6
5. Der Wille einer Elite, das Volk zu führen	Seite 7
6. Die Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen	Seite 8
7. Könnte die Schweiz von der EU boykottiert werden?	Seite 9
8. Mitbestimmung in der EU?	Seite 10
9. Die Kosten eines EU-Beitritts	Seite 12
II. Mein persönliches "Nein" zu einem Beitritt	Seite 14
10. EU-Beitritt = Abschaffung der direkten Demokratie	Seite 14
11. Die Gefahr des "strategischen Ziels" des EU-Beitritts	Seite 15
12. Manipulation der Bevölkerung durch Propaganda?	Seite 17
III. Der zukünftige Weg der Schweiz	Seite 20
Anhang mit Publikationen	Seite 23

Die Auswirkungen eines EU-Beitritts

Ein EU-Beitritt hätte gewaltige Auswirkungen auf die Schweiz. Ihr politisches System würde völlig umgekrempelt. Verglichen zur zentralen Frage „EU-Beitritt ja oder nein“ sind alle politischen Tagesgeschäfte praktisch bedeutungslos.

Allerdings steht auch bei den politischen Tagesgeschäften die Frage "EU-Beitritt ja oder nein" viel dominanter im Hintergrund, als viele Bürgerinnen und Bürger ahnen. Ob wir über "einen Neat-Tunnel oder zwei", über die LSVA (Schwerverkehrsabgabe), über Einwanderungsbeschränkungen, über eine Regierungsreform, über Militäreinsätze im Ausland, über eine Revision des Landwirtschaftsgesetzes, über ein neues Verkehrskonzept abstimmen, immer spielt das strategische Ziel "EU-Beitritt ja oder nein" eine zentrale Rolle, auch wenn dies in den Abstimmungskampagnen nicht deutlich wird.

Die enorme Bedeutung eines EU-Beitritts steht in einem auffallenden Widerspruch zum Wissensstand der Bevölkerung über dessen Auswirkungen. Im ersten Teil meiner Darlegungen werde ich mich bemühen, möglichst neutral über die Vor- und Nachteile eines Beitritts zu sprechen. Im zweiten Teil der vorliegenden schriftlichen Version lege ich dar, weshalb ich persönlich gegen einen Beitritt eingestellt bin. Und zum Schluss töne ich an, wie ich die Zukunft einer unabhängigen, neutralen Schweiz sehe.

I. Vor- und Nachteile in neun Punkten

Die Vor- und Nachteile versuche ich anhand der diversen Argumente darzustellen, die für einen Beitritt sprechen. Dabei unterscheide ich die folgenden Punkte:

1. Die Friedensförderung

Für einen Grossteil unserer Bevölkerung steht der friedensfördernde Effekt der EU im Vordergrund. Dank der EU seien die nationalstaat-

lichen europäischen Streitigkeiten - vor allem der Zwist zwischen Deutschland und Frankreich, der während Jahrhunderten Kriege und Vernichtung gebracht hat - endlich eliminiert worden.

Die friedliche Entwicklung von (West-) Europa nach 1945 ist im Vergleich zu den vorhergehenden Jahrzehnten und Jahrhunderten in der Tat ein Segen. Falls diese Entwicklung tatsächlich dem Zusammenschluss zur EU zu verdanken ist, stellt dies ohne Zweifel einen enormen **Vorteil** dar. Allerdings stellt sich die Frage, ob die Entwicklung der letzten fünfzig Jahre nicht auch ohne die damalige Gründung der EG stattgefunden hätte. Die vergangenen Kriege Europas wurden durch Führungseliten und Despoten vom Zaune gerissen. Vielleicht spielte die Entwicklung der europäischen Staaten zu stabilen Demokratien für den Frieden eine viel wichtigere Rolle als die Gründung der EU.

Zudem ist zu bedenken, dass punkto Friedensförderung der Zusammenschluss der europäischen Nationalstaaten zu einer grossen Einheit auch zum **Nachteil** werden kann. Es darf nicht nur rückwärtsgewandt auf die alte Rivalität zwischen Deutschland und Frankreich geblickt werden, sondern es muss versucht werden, zukunftsorientiert Entwicklungen zu erkennen. Es ist möglich, dass das Zusammenwachsen zur Weltmacht EU Gegenreaktionen hervorruft, indem sich z.B. die arabisch-weltliche Welt immer stärker zu einem Block gegen die EU zusammenschliesst. In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, dass erst kürzlich Israels Präsident Mosche Katzav den Wunsch äusserte, die EU möge Israel als volles Mitglied aufnehmen. Könnte sich nicht schon nur an der Frage Israels ein Streit zwischen der EU und einer vereinigten arabischen Welt entfachen, der alles bisher Dagewesene an Dramatik übertrifft?

In Bezug auf die Frage, ob die Schweiz der EU beitreten soll oder nicht, ist zudem folgendes zu bemerken: Ob nun auch noch die Schweiz Mitglied wird, hat für einen friedensfördernden Effekt der EU keine oder höchstens eine vernachlässigbare Wirkung. Folglich ist die Frage folgendermassen zu stellen: Hätte nicht eine unabhängige Schweiz punkto Friedensförderung mehr Einfluss als eine parteigebundene im Kreis der EU? Ich komme im Schlusskapitel auf diesen Punkt zurück.

2. Die Weltmacht EU als Gegengewicht zu den USA

Für viele liegt der **Vorteil** einer immer mächtiger werdenden EU darin, dass gegenüber der gegenwärtig einzigen Weltmacht USA endlich ein ernst zu nehmendes Gegengewicht gesetzt werde. Das Hegemoniestreben und die faktische Vormacht der USA sei auf Dauer unerträglich. Die Schweiz müsse der EU beitreten, um diese zu stärken. Es gelte zu verhindern, dass die traditionellen Werte des "alten Kontinents" von der US-Kultur erdrückt werden.

Richtig ist bei diesen Überlegungen, dass die EU im Begriff ist, zu einer Weltmacht zusammenzuwachsen. Auch hier ist jedoch im Auge zu behalten, dass das Zusammenwachsen zu Machtblöcken auch einen **Nachteil** darstellen kann: Die Kriegsgefahr steigt tendenziell, wenn die USA von erstarkenden Grossmächten wie der EU, China, Indien, der arabischen Welt und später vielleicht einmal gar von den afrikanischen Staaten konkurrenziert werden. Insbesondere stellt sich die Frage, ob es wirklich positiv ist, wenn sich innerhalb der westlichen Welt die EU als machtpolitischer Konkurrent der USA heranbildet. Ist es wirklich ein lohnendes Ziel, gegen die kulturell eng mit Europa verbundenen USA ein Gegengewicht zu setzen, um deren Einfluss zu schwächen?

Eine Schweiz, die der EU nicht beitrifft, könnte bei sich abzeichnenden Differenzen zwischen der EU und den USA Vermittlungsdienste anbieten. Eine EU-gebundene Schweiz wäre dazu nicht mehr in der Lage.

3. "Imagine there is no country" (singgemäs: "Stell Dir vor, es gäbe keine Nationalstaaten")

Dem Ziel der Abschaffung der Nationalstaaten liegt auch ein dritter Gedanke zu Grunde. Es ist begreiflich, dass nach den schrecklichen Erfahrungen der beiden Weltkriege die Nationalstaaten ab 1945 einen schlechten Ruf hatten. Die **Vorteile** ihrer Abschaffung schienen offensichtlich. Eine ganze Generation, die sogenannten "68-er", waren fasziniert vom Traum der zweiten Strophe des berühmtesten Liedes des Beatles-Sängers John Lennon, des Songs „Imagine“: *„Imagine there's no country, it's easy if you try, nothing to kill or die for, and no*

religion too“ (Frei übersetzt: „*Stell Dir vor, es gäbe keine Länder und keine Religionen mehr. Damit gäbe es nichts mehr, wofür es sich lohnen würde, zu töten und zu sterben*“). Für viele wurde der Gedanke einer Abschaffung aller Grenzen und Nationalstaaten der idealistische Weg für eine multikulturelle, internationale Gesellschaft ohne Spannungen und Kriege.

Abgesehen davon, dass eine kriegslose Gesellschaft (leider) eine Illusion sein könnte, wurden die **Nachteile** einer Eliminierung der Staaten im herkömmlichen Sinne übersehen: Es wurde vergessen, dass das Eliminieren der althergebrachten Staaten zugunsten eines Grossraumes notgedrungen dem einzelnen Bürger politische Mitsprache entzieht. Die Ohnmacht der Bevölkerung gegenüber einem System wächst mit dessen Grösse. Die Folgen können politische und soziale Desorientierung, Bindungslosigkeit, Eigennutz, Unsolidarität bis hin zu erhöhter Gewaltbereitschaft und Kriminalität sein. Vielleicht braucht es kleine, überblickbare Staaten, um gewisse soziale Normen und Spielregeln wirksam durchsetzen zu können, den Schwachen zu schützen, den Zügellosen im Zaume zu halten, Auswüchse zu beschneiden und Macht zu begrenzen. Vielleicht ist die EU auch in Zukunft nicht willens oder nicht in der Lage, den Mitgliedstaaten diejenige Selbständigkeit einzuräumen, die für genügende Machtkontrolle notwendig wäre.

4. Beitritt zur Durchsetzung des internationalen Sozialismus

Ähnliche Gedanken, wie sie dem eben genannten "68er-Idealismus" zu Grunde liegen, sind bei den Zielen des internationalen Sozialismus massgebend. Er strebt die Gleichheit aller Menschen als grösste soziale Errungenschaft an. Es solle auch zwischen den einzelnen Staaten Gleichheit herrschen und somit keine Unterschiede mehr geben, auch keine Wohlstandsunterschiede. Jede Abschaffung von Grenzen sei von **Vorteil**. Ein Beitritt der Schweiz zur EU sei ein Schritt zur gerechten Verteilung des europäischen Wohlstands.

Dabei wird als **Nachteil** die Nivellierung in Kauf genommen, die jede Abschaffung der Grenzen zwangsläufig mit sich bringt. Für ein wohlhabendes Land wie die Schweiz kann eine Nivellierung nur nach unten

führen. Zwar mag die sozialistische Gleichschaltung und Gleichmacherei in den Augen vieler ein Mehr an Gerechtigkeit bringen, weil Unterschiede ausgemerzt werden. Zumindest für die breite, einfache Schweizer Bevölkerung bedeutet der internationale Sozialismus jedoch ein Absinken auf das wirtschaftliche Niveau der ärmeren Länder.

Dass der angestrebte EU-Beitritt auch in der Schweiz eine starke sozialistische Komponente besitzt, wird schon dadurch belegt, dass gleich alle drei letzten Präsidenten der Sozialistischen Partei der Schweiz (SPS) klar durchblicken liessen, weshalb sie in die EU drängen: Peter Bodenmann: *„Europa (ist) die einzige Chance für die Linke, die Politik neu zu definieren“* (21. März 1997 in *Le Nouveau Quotidien*). Franco Cavalli: *„Nur auf europäischer Ebene ist die Linke stark genug“* (*Tages-Anzeiger Magazin* vom 19. Dezember 1998). SP-Präsidentin Ursula Koch an derselben Stelle: Weil die Bevölkerung der Schweiz nach rechts tendiere, *„kann die Schweiz aus diesem System aus eigener Kraft nicht heraus. Veränderungen können nur von aussen kommen.“* Ziel des EU-Beitritts ist ein Zusammenschluss zum internationalen Sozialismus, auch wenn die sozialistischen Parteiverantwortlichen wissen, dass die schweizerische Arbeiterklasse mit einem EU-Beitritt eine Nivellierung nach unten in Kauf nehmen muss.

5. Der Wille einer Elite, das Volk zu führen

Bei Meinungsäusserungen wie den eben zitierten (Bodenmann, Cavalli und Koch) sind vielleicht nicht nur Absichten wie Umverteilung und Gleichschaltung massgebend. Es schwingt wohl auch die Überzeugung mit, dass eine kleine, politische Elite am besten in der Lage sei, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu beurteilen und eine optimale Politik für das Volk zu betreiben.

Nicht nur in linken, sondern auch in bürgerlichen Kreisen vertreten massgebende Leute die Auffassung, in unserer "schnelllebigen und immer komplexer werdenden Zeit" sei das Volk überfordert. Es sei nicht flexibel und sachkundig genug, um den heutigen politischen Anforderungen zu genügen. Der Bevölkerung fehle die Sachkompetenz, um „richtige“ Entscheide zu treffen. Diese Leute haben die Missstände der

Politik im Auge und sehen den **Vorteil**, verantwortungsbewusste Politikerinnen und Politiker könnten durch gute Führungsarbeit den Anforderungen der heutigen Zeit besser genügen.

Um die Führung durch eine Elite zu ermöglichen, wäre allerdings der Verzicht auf die direkte Demokratie unvermeidlich, d.h. ein Abbau von Volksinitiative und Referendum. Klar ist jedoch, dass das Schweizer Volk kaum dazu gebracht werden kann, freiwillig auf die Mitsprache an der Urne zu verzichten. Folglich drängen viele derjenigen, die sich zur Elite zählen, in die EU, weil diese die direkte Demokratie nicht kennt und somit die Mitsprache unserer Bevölkerung durch einen Beitritt automatisch ausgeschaltet würde. Für die Bevölkerung würde ein Beitritt den gravierenden **Nachteil** mit sich bringen, dass sie in entscheidenden Sachbereichen keine Unterschriften mehr sammeln könnte, um den Gang der Politik zu korrigieren (vgl. unten Ziffer II/10).

6. Grossräumige Wirtschaft - Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen

Nicht nur linksstehende Kreise mit dem Ziel des internationalen Sozialismus haben eine Auflösung der Nationalstaaten im Auge. Im Ergebnis dieselbe Stossrichtung verfolgen politisch rechts stehende Kreise, welche die Interessen von multinationalen Unternehmungen vertreten. Sie sehen den **Vorteil**, mit einer Abschaffung der Grenzen, mit "Oeffnung" und "Globalisierung" Handelshemmnisse eliminieren sowie Zölle, Produktionskosten, Löhne und Sozialleistungen senken zu können. Dazu kommt, dass einflussreiche Wirtschaftskreise vielleicht den Vorteil sehen, dass eine aus relativ wenigen Personen bestehende Zentralregierung leichter beeinflusst werden kann als eine Vielzahl von unabhängigen Länderregierungen.

Es ist begreiflich, dass wirtschaftliche Kreise vermeiden wollen, dass ihnen einzelne Staaten Produktions-, Handels- und Liefervorschriften etc. auferlegen können (z.B. ein Verbot von langen Tiertransporten). Es ist deshalb verständlich, dass sie einschränkende, staatliche Regelungen durch die Schaffung eines Grossraumes wie der EU zu verunmöglichen versuchen. Eine solche Entwicklung bringt jedoch den **Nachteil**

mit sich, dass die einzelnen Völker nicht mehr individuell nach eigenen Bedürfnissen entscheiden können, was für sie auf wirtschaftlichem Gebiet richtig sei. Gezwungenermassen müssen sie sich an die von oben auferlegten Vorschriften halten. Die Folgen können gravierend sein, vom aufgezwungenen Akzeptieren gigantischer Verkehrsstaus bis hin zur Machtlosigkeit, wenn BSE-infiziertes Fleisch importiert wird.

Die Wirtschaftsvertreter, die eine Abschaffung der nationalen Grenzen verlangen, scheinen auch zu übersehen, dass gemäss dem von ihnen verfolgten Wettbewerbsprinzip auch ein "Wettbewerb der staatlichen Systeme", also ein "Wettbewerb der besseren Rahmenbedingungen" Vorteile bringen würde. Im wirtschaftlichen Wettstreit verschiedener Staatssysteme kann sich das Ergebnis herausbilden, das den Bürgern (d.h. den Konsumenten) und auch der Wirtschaft am meisten dient. Ein gesunder Konkurrenzkampf zwischen verschiedenen, kleinen Staatsgebilden steigert den Wohlstand. Ein gleichgeschaltetes Grosssystem hingegen verliert die Flexibilität, die den Wohlstand optimiert.

7. Könnte die Schweiz von der EU boykottiert werden?

Während bei den unter den Ziffern 2 bis 6 genannten Gründen die wahren Motive aus offensichtlichen Gründen oft verschwiegen werden, werden die folgenden beiden Punkte von Beitritts-Befürwortern oft ins Feld geführt. Der erste Punkt ist die Befürchtung, bei einem Nicht-Beitritt könnte die Schweiz von der EU künftig diskriminiert und boykottiert werden. Wegen dieser Befürchtung befürworten nicht nur Vertreter der multinationalen Grosskonzerne, sondern auch viele Repräsentanten der "Kleinen und Mittleren Unternehmen" (KMU, die den grössten Teil unserer Wirtschaft bilden) einen EU-Beitritt.

Wenn es einen Grund für einen Beitritt gibt, so ist es diese Gefahr von möglichen Diskriminierungen. Der Wohlstand der Schweiz basiert auf dem internationalen Handel. Bekanntlich wird in der Schweiz jeder zweite Franken mit Exporten verdient, von denen ein Grossteil in die EU fliessen. Würde die EU die Grenzen gegenüber der Schweiz tatsächlich schliessen oder auch nur die Lieferungen der Schweiz in die EU massiv erschweren, so hätte dies bittere Konsequenzen. Wenn

man davon ausgeht, dass die Schweiz im Falle eines Nicht-Beitritts von der EU schikaniert, isoliert oder gar boykottiert wird, so hätte ein Beitritt natürlich den grossen **Vorteil**, dass diese negativen Folgen vermieden würden.

Allerdings wäre auch hier ein **Nachteil** zu bedenken: Wenn man der EU Diskriminierungsabsichten unterstellt und davon ausgeht, dass sie gegenüber aussenstehenden Drittstaaten Boykotte als Waffe einsetzt, dann wäre die Schweiz im Falle eines Beitritts automatisch Teil eines Grossgebildes, das Machtpolitik betreibt. Möchte sie wirklich zu einer Union gehören, die das Gegenteil von dem macht, was sie offiziell propagiert (sie propagiert möglichst freien Handel), und die Uno-Richtlinien verletzt (nämlich das Verbot von Boykotten und Sanktionen)?

Vor allem aber stellt sich die Frage, ob die Befürchtung überhaupt berechtigt sei, dass die Schweiz bei einem Nicht-Beitritt von der EU diskriminiert werde. Wir leben nach wie vor in einer Zeit ständig zunehmender Handelsliberalisierungen, nicht in einer Zeit nationaler Abschottungen. Weltweit deutet nach wie vor alles darauf hin, dass Handelsschranken immer mehr abgeschafft werden (jüngst eben wieder zwischen den 34 Ländern Nord- und Südamerikas). Insbesondere gelten die verbindlichen Vorschriften der Welthandelsorganisation WTO. Wer der Meinung ist, dass sich die EU in diesem Umfeld weder leisten will noch kann, der Schweiz punkto Freihandel das Leben schwer zu machen, hat entsprechend weniger Veranlassung, der EU beizutreten.

8. Mitbestimmung in der EU?

Für viele Bürgerinnen und Bürger ist das Argument entscheidend, dass unser Land ohne EU-Beitritt nicht am Aufbau Europas mitwirken könne. Innerhalb der EU würde die Schweiz endlich der **Vorteil** besitzen, mitreden und an der Gestaltung Europas mitwirken zu können.

Dazu sind die folgenden drei Punkte zu bedenken. Erstens geben sich viele Leute keine Rechenschaft darüber, wie klein die Mitsprache innerhalb der EU in Prozenten gesprochen sein würde. In diversen

Parlamenten ausländischer Staaten (z.B. in Deutschland) gibt es eine sogenannte "Fünf-Prozent-Klausel": Parteien, die keine 5% der Stimmen auf sich vereinigen können, werden nicht zugelassen, weil ihr Einfluss zu gering wäre. Die Schweiz käme aber innerhalb der EU nirgends auf ein Gewicht von 5%. Je nachdem, wie viele Staaten künftig zusätzlich von der EU aufgenommen werden, würde der Anteil der Schweiz mehr oder weniger stark unter 5% sinken (in der "Kommission", dem wichtigsten Gremium der EU, aufgrund der neuesten EU-Entscheide in Nizza eventuell gar auf Null, da für unser Land eventuell kein Sitz zur Verfügung stehen wird).

Noch gravierender ist zweitens, dass die Mitsprache - falls sie innerhalb der EU für die Schweiz überhaupt zum Tragen käme - auf jeden Fall weg vom Volk, hinüber auf Spitzenpolitiker übertragen würde. Das Schweizer Volk hätte den **Nachteil** zu tragen, dass nicht es, sondern Schweizer Spitzenbeamte in Brüssel etwas zu sagen hätten (wenn überhaupt). Mit einem Beitritt wäre also so oder so ein fundamentaler Systemwechsel zu Ungunsten unserer Bevölkerung verbunden: In allen nach Brüssel delegierten Sachgebieten hätte das Volk ab sofort an der Urne nichts mehr zu sagen. So würden z.B. zwar sehr wohl einzelne Schweizer Bundesräte innerhalb der EU-Gremien Einflussgewinne verbuchen können, indem sie hinter verschlossenen Türen in geheimen Sitzungen das Interesse des Schweizer Volkes vertreten dürfen. Unsere Bevölkerung aber hätte schlagartig nichts mehr zu sagen. Transparenz wäre nicht mehr gegeben. Es gäbe keine Sicherheit, ob in den geheimen Debatten von unseren Spitzenvertretern auch wirklich die Meinung des Volkes vertreten würde. Der Bevölkerung stünden keine Kontrollmechanismen mehr zur Verfügung. Und selbstverständlich gäbe es keine Korrekturmöglichkeit via Referendum mehr.

Drittens zeigt das Beispiel des Kantons Zug in Steuersachen, dass ein „Draussenbleiben“ wirksamer sein kann als ein „Mitmachen“. Gäbe es in der Schweiz ein einheitliches eidgenössisches Steuerrecht, so könnten die wenigen Vertreter des Kantons Zug in Bern in Steuersachen nur einen geringen Einfluss ausüben. Beim heute existierenden Schweizer Steuersystem haben jedoch die Zuger einen ungleich grösseren Einfluss: Indem sie die Steuern tief halten oder sogar senken, zwingen sie den ganzen Rest der Schweiz (vor allem natürlich die umliegenden

Kantone), bei der Besteuerung Mass zu halten. Ähnliches gilt für die Schweiz im europäischen Umfeld. Bleibt sie ausserhalb der EU, kann sie z.B. durch tiefe Steuersätze oder durch Beibehaltung des Bankkundengeheimnisses die EU weit mehr beeinflussen als bei einem Beitritt. So gesehen würde bei einem Beitritt die Mitbestimmung sogar reduziert, nicht vergrössert.

9. Die Kosten eines EU-Beitritts

Auch die Kostenfrage eines EU-Beitritts kann nach dem Schema "Vor- und Nachteile" abgehandelt werden. Allerdings ist die Kosten-/Nutzen-Frage derart komplex, dass sie für sich alleine genug Stoff für einen separaten Vortrag bieten würde. Man denke schon nur an die Frage, die bereits vor Jahresfrist vor der Abstimmung zu den bilateralen Verträgen hätte diskutiert werden sollen: "Welche Kosten und Nutzen bringt für unser Land die Personenfreizügigkeit?" Früher durften nur ausgewählte Arbeitnehmer, Saisoniers und Grenzgänger zur Verrichtung einer bestimmten Arbeit in unser Land einreisen. Welche volkswirtschaftlichen Kosten resultieren, wenn künftig jedermann mit seinen Angehörigen einwandern darf, sobald er sich auf einen Arbeitsvertrag beruft oder sich als Selbständigerwerbender ausgibt (sogar Leute mit schlechter Arbeitsmoral und ohne berufliche Bildung, die entsprechend rasch auf Sozialunterstützung angewiesen sind)? Welches ist demgegenüber der Nutzen für die Schweiz, wenn unsere Wirtschaft Arbeitnehmer nach Belieben unbürokratisch und ohne Verzug ins Land holen kann? Fragen dieser Art werden kaum diskutiert.

Als **Nachteil** können sicher die direkten Kosten bezeichnet werden, welche die Schweiz bei einem Beitritt gemäss Bundesbudget auf sich nehmen müsste. Sie werden im "Integrationsbericht" des Bundesrats (1999) auf netto 3,8 Milliarden Franken pro Jahr beziffert. Dieser "Budget-Betrachtungsweise" kann jedoch entgegengehalten werden, die Schweiz handle sich mit einem Beitritt gleichzeitig einen volkswirtschaftlichen Nutzen ein, der als **Vorteil** angerechnet werden müsse. Es gibt Ökonomen, die sogar in konkreten Prozentzahlen ausdrücken, wie stark das Schweizer Bruttosozialprodukt im Falle eines EU-Beitritts zusätzlich ansteigen werde. Solche pseudo-genaue

Prognosen sind allerdings weitgehend spekulativ. Schon nur deshalb ist grösste Skepsis am Platze, weil die falschen Voraussagen vor der EWR-Abstimmung zur Genüge gezeigt haben, wie weit selbst bestausgewiesene Experten neben der Wahrheit liegen können.

Neben der Unzuverlässigkeit der Prognosen ist die erwähnte Komplexität zu bedenken, die noch einmal an einem Beispiel aufgezeigt sei: Gelegentlich taucht das Argument auf, ein EU-Beitritt würde die Zinsen in unserem Land Richtung EU-Niveau hinaufdrücken. Damit würden für die Schweizer Mieter Milliardenbelastungen resultieren, weil bei uns die Mietzinse an die Hypothekarzinsen geknüpft seien. Diese Milliardenkosten seien in die EU-Beitritts-Rechnung miteinzubeziehen. Dieser Argumentation kann entgegengehalten werden, diese Kosten seien deshalb nicht relevant, weil allfällig Mietzinserhöhungen "nur" grosse Vermögenstransfers innerhalb der Schweiz zur Folge hätten; nämlich von den Mietern an die Vermieter, respektive (vor allem nach der geplanten Revision des Mietrechts) von den Vermietern und Hauseigentümern an die Banken. Eine Schweiz-interne Vermögensverschiebung sei volkswirtschaftlich gesehen neutral und bedeute somit weder einen Vor- noch einen Nachteil eines EU-Beitritts.

Auch die Folgen einer eventuellen Eliminierung des Schweizer Frankens zugunsten des EURO werfen übrigens derart komplexe Fragen auf, dass selbst Fachleute kaum beantworten können, was letztlich die Folgen für unser Land sein würden. Zwar gehen die meisten Expertenmeinungen davon aus, dass eine Abschaffung des Frankens für unser Land nachteilig wäre (vgl. z.B. die jüngste Expertise UBS). Betragsmässige Aussagen sind aber nahezu unmöglich.

Meines Erachtens kann in ökonomischer Hinsicht vor allem eine Folge der Beseitigung der Grenzen relativ zuverlässig vorausgesagt werden: Tendenziell wird die Schere zwischen arm und reich weiter geöffnet. Es ist zwar möglich, dass das Bruttosozialprodukt steigt (indem z.B. einheimische Grossfirmen profitieren) und dass somit der "finanzielle Saldo" für die Schweiz positiv wird. Das Einkommen unserer einfachen Bevölkerung sinkt jedoch zwangsläufig tiefer ab bzw. wird am Ansteigen gehindert. Dass für sie der Wohlstand "nach unten nivelliert" wird, entspricht einer Gesetzmässigkeit, wenn Grenzen eliminiert werden.

II. Mein persönliches "Nein" zu einem Beitritt

Im zweiten Teil meiner Ausführungen geht es um meine persönliche Bewertung eines EU-Beitritts. Neben meiner eben erwähnten Überzeugung, dass ein Beitritt die Schere zwischen arm und reich auseinander reisst, gibt es einen Punkt, der mir noch viel mehr Sorge bereitet: Ein Beitritt bedeutet das Ende der typisch schweizerischen direkten Demokratie. Dieser Punkt alleine ist für mich Grund genug, einen Beitritt zu bekämpfen, ist doch die direkte Demokratie meines Erachtens das Wertvollste, was unser Land politisch hervorgebracht hat.

10. EU-Beitritt = Abschaffung der direkten Demokratie

Klar ist, dass unsere direkte Demokratie mit einem EU-Beitritt abgeschafft wird, wenn darunter die Möglichkeit des Schweizer Volkes verstanden wird, jederzeit zu jedem beliebigen Sachthema via Sammeln von Unterschriften die gewünschte Lösung durchzusetzen (Initiative) resp. eine von den Politikern ausgearbeitete Lösung zu verhindern (Referendum). Man denke an die Mehrwertsteuer. Sie würde bei einem EU-Beitritt zwingend auf mindestens 15% hinaufspringen. Das Schweizer Volk würde für immer die Möglichkeit verlieren, mit einer Volksabstimmung einen Steuersatz von unter 15% festzulegen, gleichgültig, ob 100'000, 500'000 oder sogar mehr Unterschriften gesammelt würden.

Die oft gehörte Behauptung, ein EU-Beitritt lasse sich mit unserer direkten Demokratie vereinbaren, ist somit eindeutig falsch. Der Historiker und Publizist Markus Kutter schreibt denn auch kurz und bündig: *„Die direkte Demokratie Schweiz passt in ihren föderalistischen Strukturen nicht in das System der repräsentativen Demokratie, wie sie in Europa herrscht“* (im Buch *„Doch dann regiert das Volk“*, 1996). Dies ist unmittelbar einleuchtend: Wer eine übergeordnete Organisation wie die EU anstrebt, die für ihre Mitgliedsstaaten verbindliche Regeln aufstellen soll, kann kein Land gebrauchen, das einen „Risikofaktor“ darstellt, weil dessen Bevölkerung via Sammeln von Unterschriften Sachpolitik betreiben und abweichende Regeln aufstellen kann.

Wie drastisch die Mitsprache unserer Bevölkerung bei einem Beitritt reduziert würde, wird in weiten Kreisen unterschätzt. Es ist kaum bekannt, wie viele Sachbereiche schon heute in die Kompetenz der EU-Gremien fallen und somit nicht mehr bei den einzelnen Gliedstaaten liegen. Alt-Nationalrat Heinz Allenspach schrieb schon 1998 zu diesem Thema: *„50 Prozent der Innen- und 70 Prozent der wirtschaftspolitischen Entscheidungen werden in Brüssel gefällt. In der Schweiz hingegen behaupten Bundesrat und EU-Enthusiasten nach wie vor, ein EU-Beitritt der Schweiz würde unsere direkte Demokratie nur minimal beeinträchtigen“* (Schweizerzeit vom 18. Dezember 1998).

Als wichtiger Punkt kommt dazu, dass es für die Schweizer Bevölkerung gar nicht entscheidend ist, wie viele Bereiche schon heute in die Kompetenz der EU fallen. Viel entscheidender ist die künftige Entwicklung, die vom Schweizer Volk nicht mehr kontrolliert werden kann. Zu Recht schrieb dazu der politisch unabhängige Jurist Dr. Hans Baur, Beinwil am See: *„Entscheidend ist, dass sich die EU in einem dynamischen Prozess befindet, den die Schweiz im Falle eines Beitritts nicht wird verhindern können. Immer mehr Gebiete werden unter die Zuständigkeit der EU gestellt, sei dies im Wirtschafts-, Steuer-, Abgabe-, Arbeits-, Sozial-, Verkehrs-, Ökologie-, Landwirtschaftsrecht und so weiter. Weil all diese Bereiche den freien Binnenmarkt betreffen, hält sich die EU für zuständig, Normen zu erlassen. In all diesen Bereichen werden unsere Volksrechte nicht mehr greifen. Das ist entscheidend und nicht die Frage, ob in den letzten Jahren viele Abstimmungen in der Schweiz vom EU-Recht betroffen worden wären oder nicht“*.

11. Die Gefahr des "strategischen Ziels" des EU-Beitritts

Das eben Gesagte bedeutet folgendes: Wer einen EU-Beitritt fordert, verlangt gleichzeitig die Abschaffung der typisch schweizerischen direkten Demokratie. Und das sind viele. Bereits im Mai 1992 stellte der Bundesrat in Brüssel das vieldiskutierte EU-Beitritts-Gesuch, das seither hängig ist und nie zurückgezogen wurde. Ein Grossteil der massgebenden Persönlichkeiten unseres Landes unterstützt seither dieses Beitritts-gesuch, ebenso alle Bundesratsparteien mit Ausnahme der SVP. Nachdem sich die SP schon frühzeitig für einen Beitritt eingesetzt

hatte, sprach sich die FDP 1995 in einer denkwürdigen Abstimmung in Interlaken für das "strategische Ziel eines EU-Beitritts" aus. Die CVP folgte mit ihrem Entscheid 1998 in Basel.

Viele Bürgerinnen und Bürger haben die Tragweite des Ausdrucks "strategisches Ziel" bei weitem nicht realisiert. Wer eine „Strategie“ verfolgt, richtet all seine Entscheide auf personeller und sachlicher Ebene auf sein Ziel aus. Das bedeutet, dass die EU-Beitritts-Strategen einerseits nur solche Leute in Schlüsselpositionen wählen, die einen Beitritt anstreben. Andererseits versuchen sie in der Sachpolitik, alle „Beitritts Hindernisse“ abzuschaffen, d.h. sie schalten unsere Gesetze und Rahmenbedingungen denjenigen der EU gleich. In unzähligen Beschlüssen, Verordnungen und Gesetzesvorlagen wird laufend ein "autonomer Nachvollzug" ans EU-Recht vollzogen, der natürlich nicht gezwungenermassen erfolgt, wie oft behauptet wird, sondern weil eine Mehrheit unserer Politikerinnen und Politiker diesen Nachvollzug will. Für diejenigen, die das "strategische Ziel EU-Beitritt" verfolgen, ist dieser freiwillige Nachvollzug logischer Teil ihres Konzepts.

Wie konsequent die "EU-Beitritts-Strategen" die Gleichschaltung der Rahmenbedingungen vorantreiben, mag von Person zu Person unterschiedlich und schwer zu durchschauen sein. Ich kann an dieser Stelle nur darlegen, wie ich mich verhalten würde, wenn ich dieses strategische Ziel verfolgen würde. Ich würde die Grenzkontrollen abschaffen, freie Einwanderung und automatische Einbürgerung propagieren, die Grenzen für den europäischen Lastwagenverkehr öffnen, die Landwirtschaft „harmonisieren“, die Armee „natokompatibel“ gestalten, die Volksrechte einschränken (dabei würde ich von „verwesentlichen“ sprechen), die Mehrwertsteuer erhöhen, und so weiter und so fort.

Würde ich dieses strategische Ziel mit fundamentalistischem Eifer verfolgen, wäre mir vielleicht sogar der weltweit gute Ruf der Schweiz ein Dorn im Auge. Denn je mehr die Bevölkerung überzeugt ist, dass unser Land einen Sonderfall im positiven Sinn darstellt, desto eher wird sie gegen einen EU-Beitritt opponieren. Ich würde mir vielleicht sogar sagen, dass das Schweizer Volk keinem Beitritt zustimmen wird, so lange es ihm wirtschaftlich besser geht als den umliegenden Staaten. Von diesem Gedanken ist es nicht mehr weit bis zur Ueberlegung, ein Bei-

tritt sei erst dann realistisch, wenn der Wohlstand unserer Bevölkerung auf das Niveau der übrigen EU-Länder hinuntergewirtschaftet ist.

Könnte die bedenkliche Entwicklung der Schweiz in den 90er-Jahren etwas mit dem "strategischen Ziel EU-Beitritt" zu tun haben? Viele Bürgerinnen und Bürger stellen sich diese Frage gar nie. Viele haben nicht einmal erkannt, dass konsequent nur solche Leute in den Bundesrat gewählt wurden, die sich nicht gegen einen EU-Beitritt aussprechen. Noch viel weniger stellen sie sich die Frage, ob ein gezieltes Zerstören der positiven Errungenschaften unseres Landes auf dem Programm fundamentalistischer Beitritts-Strategen stehen könnte. So abwegig ist dieser Gedanke nicht. Man beachte, mit welcher Verbissenheit unser Land bei den Auseinandersetzungen "Schweiz - Zweiter Weltkrieg" von massgebenden einheimischen Persönlichkeiten attackiert wurde und mit welcher fundamentalistischem Eifer immer wieder betont wird, unsere direkte Demokratie sei kein Sonderfall. Was den Wohlstand betrifft, so wird kaum je die Frage gestellt, wer denn ein Interesse daran haben kann, ausgerechnet aus der ärmsten und rückständigsten Gegend Europas in Rezessionszeiten eine Masseneinwanderung von beruflich ungebildeten Immigranten in die Schweiz zuzulassen.

Die Gefahr, die unserer direkt-demokratischen Schweiz durch das "strategische Ziel EU" droht; wird auch deshalb nicht erkannt, weil die Befürworter nicht müde werden, zu betonen, dass der EU-Beitritt zur Zeit überhaupt kein Thema sei. Auf der politischen Traktandenliste stünden ganz andere Themen innenpolitischer Natur, die nichts mit der Beitritts-Frage zu tun hätten. Doch das stimmt nicht.

12. Manipulation der Bevölkerung durch Propaganda?

Dass bei den Fragen, ob, weshalb und wie ein EU-Beitritt angestrebt wird, oft nicht mit offenen Karten gespielt wird, ist in Anbetracht der Wichtigkeit dieses Themas besonders bedenklich. Nach dem klaren "Nein" zur Initiative "Ja zu Europa" am 4. März 2001 verdecken massgebende Persönlichkeiten ihre wahren Beitritts-Absichten sogar noch vermehrt. Da sie realisiert haben, dass ihre Beitrittspläne um einige Jahre verschoben werden müssen, erwecken sie nach aussen den

Eindruck, ein Beitritt sei für sie kein Thema mehr. Hinter den Kulissen tun sie jedoch alles, um die Unterschiede zur EU (die "Beitrittshindernisse" zu eliminieren. Gezielt passen sie die Gesetze und Rahmenbedingungen an die EU an.

Man beachte in diesem Zusammenhang übrigens, wie nach der Ablehnung der Volksinitiative "Ja zu Europa" von Rechts bis Links betont wurde, vor weiteren Entscheidungen müssten nun vorerst die Auswirkungen eines EU-Beitritts untersucht und durch Experten analysiert werden. Diese Argumentation ist völlig deplatziert. Das würde nämlich bedeuten, dass sich der Bundesrat, drei der grossen Parteien sowie eine Vielzahl der massgebenden Schweizer Persönlichkeiten für einen Beitritt ausgesprochen haben, ohne dessen Folgen zu kennen. Das ist einerseits unglaublich. Andererseits wäre es der Gipfel der Verantwortungslosigkeit, in Anbetracht der Tragweite eines Beitritts diesen gefordert zu haben, ohne sich vorher über die Folgen zu informieren.

Unter den gegebenen Umständen stellt sich die Frage, ob unsere Behörden betreffend der EU-Frage die Bevölkerung weniger informieren, als vielmehr manipulieren wollen. Es muss hellhörig machen, wie verschiedentlich betont wird, das Volk sei "noch nicht für einen Beitritt bereit", es müsse deshalb noch viel "Ueberzeugungsarbeit" geleistet werden. Die Bevölkerung zu "überzeugen" und zu beeinflussen, ist der falsche Weg. Notwendig wäre vielmehr offene und ehrliche Information.

In der Werbe-Branche hat aufgrund von Erkenntnissen in der Medienwissenschaft, der politischen Soziologie und der Sozialpsychologie die Praxis eingerissen, einen Begriff, der beim Konsumenten positive Gefühle auslöst, mit dem Verkauf eines Produkts zu verknüpfen, auch wenn diese Verknüpfung absurd ist. Wer z.B. ein Auto mit besonders hohem Bezinverbrauch verkaufen will, verwendet in seiner Propaganda mit Vorteil Slogans wie "der Umwelt zuliebe". In den Public-Relations-Agenturen haben Psychologen und spezialisierte Medienspezialisten erkannt, dass die Konsumenten mit gezielter Verdrehung althergebrachter Begriffe erfolgreich manipuliert werden können. Bewusst verdrehen sie deshalb Begriffe im Vergleich zum gängigen Sprachgebrauch ins pure Gegenteil

In jüngster Zeit häufen sich die Anzeichen, dass staatliche Kommunikationsexperten in der politischen Propaganda gezielt die selben Manipulationsstrategien anwenden. Man beachte zum Beispiel den Satz "Ein EU-Beitritt würde die Unabhängigkeit der Schweiz stärken" im Integrationsbericht des Bundes (1999): Bauten hier die Verantwortlichen auf die Tatsache, dass das Wort "Unabhängigkeit" beim Schweizer Volk einen hohen Stellenwert genießt? Wurde dieser Ausdruck gezielt mit dem Wort "EU-Beitritt" kombiniert, weil werbetechnisch erwiesen ist, dass dies beim Stimmbürger auf der emotionalen Ebene Sympathie für einen Beitritt erweckt, auch wenn bei intellektueller Betrachtung jeder gesunde Menschenverstand sofort erkennen lässt, wie absurd diese Aussage ist und wie hemmungslos der Ausdruck "Unabhängigkeit" ins Gegenteil verdreht wurde?

Die staatliche Einflussnahme vor Abstimmungen wird immer massiver. Eben erst hat die Finanzverwaltung des Bundes auf nationalrätlichen Wunsch hin einen Bericht erstellt, wonach der Bund 62,5 Millionen Franken pro Jahr für Öffentlichkeitsarbeit ausgibt und dabei nicht weniger als 432 Personen mit Kommunikationsaufgaben beschäftigt. Deren Aufgabe besteht unter anderem darin, der Bevölkerung die Marschrichtung des Bundes schmackhaft zu machen. Unter diesen Leuten gibt es hervorragende Werbespezialisten und ausgewiesene Psychologen. Missbrauchen auch sie gezielt Ausdrücke wie "Neutralität", "Solidarität" und "Souveränität", weil sie bei der Bevölkerung "positive Assoziationen" wecken?

Man beachte, dass gar argumentiert wird, die Neutralität könne im Falle eines EU-Beitritts erhalten bleiben. Man stelle sich vor, die EU gerate in kriegerische Auseinandersetzungen mit arabischen Staaten. Es will ja wohl niemand im Ernst behaupten, dass in einem solchen Fall irgend ein EU-Staat als neutral betrachtet werden könnte. Es ist zwar psychologisch gesehen verständlich, dass z.B. österreichische Politiker, die ihr Land in die EU geführt haben, nicht müde werden, zu betonen, die Neutralität Oesterreichs existiere noch. Wahr wird diese Behauptung dadurch trotzdem nicht.

Dass unsere direkte Demokratie bei einem EU-Beitritt verloren geht, wurde bereits betont. Dasselbe gilt für die immerwährende Neutralität,

der sich die Schweiz verschrieben hat. Auch dass Unabhängigkeit und Souveränität ganz massiv abgebaut werden, ist derart offensichtlich, dass darüber eigentlich gar kein Wort zu verlieren wäre. Zu einem anderen Schluss kann nur kommen, wer die allgemeingültige Bedeutung der erwähnten Begriffe hemmungslos ins Gegenteil verdreht.

III. Der zukünftige Weg der Schweiz

"EU-Beitritt ja oder nein?" ist letztlich gleichbedeutend mit der Frage: "Will die Schweiz ein selbständiger, unabhängiger Kleinstaat bleiben, oder will sie sich der künftigen Grossmacht EU anschliessen?". Es gilt abzuwägen zwischen Unabhängigkeit, Souveränität, Neutralität, Föderalismus, direkter Demokratie, aber auch "klein-bleiben" und damit "verletzlich-bleiben" einerseits, oder Zugehörigkeit zu einer Grossmacht mit all den damit verbundenen Vorteilen andererseits.

Auch wenn von den grossen Parteien nur die SVP gegen einen EU-Beitritt opponiert, so darf nicht übersehen werden, dass es auch im linken Lager Stimmen gibt, die für die Beibehaltung einer unabhängigen, neutralen Schweiz eintreten. So fordert zum Beispiel Peter Mattmann, Mitbegründer der "Bewegung Neutrale Schweiz" und ehemaliges Mitglied des Grünen Bündnisses Luzern, mit folgenden Worten das Beibehalten einer unabhängigen Schweiz:

"Die immerwährende Neutralität ist neben der militärischen Verteidigung, deren Wirksamkeit ressourcenbedingt für ein kleines Land beschränkt bleibt, das einzige erfolgsversprechende aussenpolitische Mittel, einem Kleinstaat Unabhängigkeit und Freiheit zu erhalten. (...) Wer die Neutralität zum Müll wirft, der gibt auch die direktdemokratischen Entscheidungsrechte des Volkes, Freiheit und Unabhängigkeit preis. Damit entschwindet die Existenzbegründung, der Sinn der multikulturellen, viersprachigen Schweiz. Die Schweiz als Floskel, d.h. als Name für einen Verwaltungsbezirk des neuen europäischen Grossreiches, ist auf lange Zeit hinaus denkbar. Aber die Weiterexistenz der Schweiz als historisch gewachsener nationaler und staatlicher Organismus hängt vom Festhalten an der Neutralität ab. (...) Der Abschied

vom Imperium ist der wichtigste Lernschritt. (...) Frieden kann dort gedeihen, wo Verzicht auf Grösse und Gewalt selbstverständlich und der Staat durch direkte Volksmitsprache in überschaubaren Einheiten von unten her aufgebaut ist. (...) Die Grundmaximen, denen die Eidgenossenschaft seit Jahrhunderten nachzuleben versucht, sind nicht veraltete Relikte eines egoistischen Nationalismus, sondern topmoderne und zukunftssträchtige aussenpolitische Konzepte".

In der Tat hat die Schweiz eine andere Aufgabe, als sich Machtblöcken anzuschliessen. Die Schweiz nützt der Welt als unabhängiger Staat mehr als mit einem EU-Beitritt. Sie leistet einen wichtigen Beitrag, wenn die vielen nach Freiheit und Unabhängigkeit strebenden Völker in aller Welt sehen können, was ein kleines Land erreichen kann, wenn es auf Selbständigkeit, Freiheit, Toleranz und Eigenverantwortung setzt. Die Schweiz kann ihrer traditionell humanitären Aufgabe vor allem dann weiterhin nachkommen, wenn sie auch künftig weltweit als neutral betrachtet wird, fern von allen Machtblöcken. Damit leistet sie punkto Friedensförderung mehr als mit einem Beitritt. Die Welt bleibt freiheitlicher und sicherer, wenn statt wenigen gigantischen Grossmächten eine Vielzahl von kleineren, lokal verwalteten Staaten bestehen bleiben, die strikt neutral sind, indem sie sich keiner Machgruppe anschliessen, und die untereinander in friedlicher, wirtschaftlicher Konkurrenz leben.

Die Schweiz ist eines der weltoffensten Länder der Welt, auch wenn das viele Kritiker nicht wahrhaben wollen. Ihre erstaunliche Erfolgsgeschichte hat sie zu einem grossen Teil ihrer internationalen Ausrichtung zu verdanken. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass sie diese Strategie der Oeffnung weiterführen wird. Mit den umliegenden Ländern und speziell mit der EU muss und wird sie auch künftig partnerschaftlich und fair zusammenarbeiten, noch enger als in der Vergangenheit. Aber es gibt keinen Grund, sich ausschliesslich auf die EU zu fixieren. Wer weltoffen ist, muss geografisch auch über die EU hinausblicken.

Der unabhängige, direktdemokratische neutrale Kleinstaat Schweiz wird nur zu retten sein, wenn von Links bis Rechts diejenigen Kreise zusammenarbeiten, die nicht bereit sind, die Selbstbestimmung auf dem Altar eines EU-Beitritts zu opfern. Man kann für oder gegen Ver-

änderungen in der Drogenpolitik sein (z.B. Heroinabgabe). Man kann bei den schwierigen, anstehenden Fragen im Bereich der Ethik verschiedene Meinungen vertreten (z.B. betreffend Gentechnologie). Man kann gegenteiliger Auffassung sein, ob militärische Truppen oder humanitäre Helfer ins Ausland geschickt werden sollen. Man kann die totale Öffnung für ausländische Lastwagen befürworten oder bekämpfen. Aber man darf sich auf gar keinen Fall die direkte Demokratie aus der Hand schlagen lassen, bei der die Mehrheit der Bevölkerung bei Sachfragen die Marschrichtung festlegen kann. Es bleibt zu hoffen, dass sich genug Leute finden lassen, die sich gegen den Zeitgeist stemmen, die Macht einer kleinen Elite zu überlassen.

Die Aussenpolitik wird immer wichtiger. Es darf ganz einfach nicht mehr vorkommen, dass die Schweiz auf dem aussenpolitischen Parkett einen Kniefall nach dem anderen tätigt und die Interessen unserer Bevölkerung für ein Butterbrot verkauft, wie dies eben wieder im Verkehr geschehen ist. Der Grundsatz muss gelten, den der damalige Minister Walter Stucki schon unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg als Richtlinie für unsere Aussenpolitik prägte: *"Die Schweiz muss mit Selbstvertrauen auftreten, flexibel, fair und kompromissbereit. Wenn es jedoch um das Wesentliche geht, muss der Mut aufgebracht werden, den Gegner auf Granit beissen zu lassen."* Nur wenn unsere Verantwortlichen diesen Grundsatz beherzigen, wird die direkte Demokratie Schweiz unseren Nachkommen erhalten bleiben.

Die direkte Demokratie ist das Wertvollste, was unser Land in seiner mehr als 700-jährigen Geschichte geschaffen hat. Wir dürfen sie keinesfalls preisgeben!

Luzi Stamm